

Wochenbericht

Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig

Seite 550

Seit 2004 sinken die Reallöhne der Arbeitnehmer – eine Entwicklung, die es in diesem Ausmaß nie zuvor in der Bundesrepublik gegeben hat. Die Verteilung hat sich deutlich verschoben hin zu Kapital- und Selbständigeneinkünften. Der DIW-Report analysiert Ursachen – und wer besonders betroffen ist

Von Karl Brenke

„Umverteilung nach oben aufgrund schwacher Lohnentwicklung“

Seite 551

Acht Fragen an Karl Brenke

Sommerpause bei der Arbeitslosigkeit: Google-gestützte Prognose signalisiert Entspannung

Seite 561

Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte auch die Bundestagswahl beeinflussen. Die auf Google-Daten gestützte Arbeitsmarktprogno­se des DIW Berlin hat eine breite Debatte ausgelöst – in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft. Jetzt liegen neue Zahlen vor: Zum zentralen Wahlkampfthema wird die Arbeitslosigkeit demnach nicht werden.

Von Nikos Askitas und Klaus F. Zimmermann

Die Parteiapparate denken ungewöhnlich langfristig

Seite 568

Kommentar von Gert G. Wagner

Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig

Karl Brenke
kbrenke@diw.de

Die Netto-Reallöhne sind in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre kaum gestiegen. Von 2004 bis 2008 gingen sie sogar zurück, eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung, denn nie zuvor ging ein durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher. Maßgeblich hierfür ist nicht etwa eine höhere Belastung der Lohneinkommen durch Steuern und Sozialabgaben, sondern die – auch im internationalen Vergleich – außerordentlich schwache Steigerung der Entgelte. Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, als sich die Qualifikation der beschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt erhöht hat, was für sich genommen einen deutlichen Anstieg der Verdienste hätte erwarten lassen. Im Gegensatz zur Lohnentwicklung sind die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sowie aus Kapitalvermögen in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen, sodass die Arbeitnehmerentgelte einen immer geringeren Teil des Volkseinkommens ausmachen. Die bereinigte Lohnquote erreichte 2007 und 2008 mit rund 61 Prozent ein Rekordtief. Wie in früheren Rezessionen werden aber auch dieses Mal die Kapitaleinkünfte stärker als die Löhne unter Druck geraten.

Bei der Analyse der Lohnentwicklung muss zwischen Arbeitnehmerentgelten, Brutto- und Nettolöhnen unterschieden werden. Arbeitnehmerentgelte umfassen die gesamten Lohnkosten der Arbeitgeber. Werden davon die Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherungen und andere Leistungen der Arbeitgeber abgezogen, handelt es sich um die Bruttolöhne. Diese vermindert um die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ergeben die Nettolöhne. Im Folgenden werden – soweit Daten verfügbar sind – die Löhne auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden bezogen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten und damit auch deren effektive Entlohnung im Zeitverlauf variiert.

Schwache Lohnentwicklung seit der Jahrtausendwende

In den letzten Jahren sind die Löhne je geleisteter Arbeitsstunde in Deutschland nominal kaum gestiegen, unter Berücksichtigung der Preissteigerungen sind sie sogar gesunken – das gilt für die Arbeitnehmerentgelte, die Bruttolöhne und für die Nettolöhne (Abbildung 1).¹ Bei den Arbeitnehmerentgelten und den Bruttolöhnen kam es nach 2003 zu einer Abwärtsbewegung, bei den Nettolöhnen setzte sie ein Jahr später ein.

¹ Im Wesentlichen wird in dieser Untersuchung zur Preisbereinigung der Deflator des privaten Konsums aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet. Eine Alternative wäre der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Preisindex für die Ausgaben der privaten Haushalte. Bei einer Langzeitbetrachtung bereitet dessen Verwendung allerdings Probleme, weil der Index 1991 verändert wurde. Bei einer differenzierenden Betrachtung der Entwicklung preisbereinigter Löhne zwischen Ostdeutschland und den alten Bundesländern bietet er sich indes als Indikator an, da zum einen Daten über die Lohnentwicklung ohnehin nur seit 1991 verfügbar sind und weil zum anderen bis 1997 unterschiedliche Preisentwicklungen in West und Ost ausgewiesen werden. Zur Bestimmung der realen Löhne und deren Veränderung in einzelnen Staaten der EU wird – wie allgemein üblich – auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex von Eurostat zurückgegriffen.

Acht Fragen an Karl Brenke

„Umverteilung nach oben aufgrund schwacher Lohnentwicklung“



Karl Brenke
Wissenschaftlicher
Referent
im Vorstand
des DIW Berlin

Herr Brenke, wie haben sich die Löhne in den letzten Jahren entwickelt?

Die Löhne haben sich in den letzten Jahren relativ schwach entwickelt. Trotz guter Konjunktur kann man feststellen, dass der Aufschwung der letzten Jahre nicht bei den Lohnbeziehern angekommen ist. Die Lohnentwicklung war real nach unten gerichtet.

Wie ist die Lage aktuell?

Wir haben gegenwärtig das Phänomen, dass die Löhne je Stunde gerechnet real steigen, in der Summe aber eher stagnieren. Das liegt daran, dass die Beschäftigung nachlässt und immer mehr Personen auf Kurzarbeit angewiesen sind.

Die Verlierer der Einkommensentwicklung sind also die Arbeitnehmer?

Seit Beginn der 90er Jahre ist eine Tendenz festzustellen, dass der Anteil der Selbständigen- und Kapitaleinkünfte am gesamten Volkseinkommen stetig steigt. Der Anteil der Löhne an der gesamten Verteilungsmasse ist in einem historischen Tief. Insofern kann man die Arbeitnehmer als Verlierer bezeichnen. Wahrscheinlich sind aber nicht wenige, insbesondere wenig qualifizierte deswegen überhaupt zu einem Job gekommen.

Warum konnten die Lohnabhängigen keinen Nutzen aus dem Aufschwung der letzten Jahre ziehen?

Offensichtlich hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nachgelassen. Möglicherweise ist es auch so, dass es den Gewerkschaften schwerer fällt, die Arbeitnehmer für höhere Lohnabschlüsse zu mobilisieren. Da spielen viele Faktoren eine Rolle, vielleicht der Trend zu den Dienstleistungen, vielleicht die Abkehr von großen Teilen der Bevölkerung von Großorganisationen. Das betrifft nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die großen Volksparteien und die Kirchen.

Wie unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland in der Lohnentwicklung?

Ostdeutschland hatte gleich nach der Wende enorme Lohnsteigerungen. Man kann aber auch feststellen, dass sich ab Mitte der 90er Jahre die Löhne in den neuen Bundesländern immer noch besser entwickelt haben als im Westen.

Welche Rolle spielen die Steuer- und Sozialabgaben bei der Entwicklung der Reallöhne?

Eine erhebliche. Anfang der 70er Jahre haben die Abgaben gerade einmal ein Drittel des gesamten Arbeitsentgeltes ausgemacht. Mittlerweile betragen sie fast die Hälfte des gesamten Arbeitseinkommens. Dabei ist in den letzten Jahren die Gruppe der geringfügig Beschäftigten größer geworden, die fast keine Steuern und Sozialabgaben zahlen. Betrachtet man nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, beträgt der Anteil der Abgaben schon mehr als die Hälfte des gesamten Arbeitsentgeltes.

Verhandlungsmacht
der Gewerkschaften
hat deutlich
nachgelassen.

Im Moment sinken die Verbraucherpreise. Wie wirkt sich das auf die Reallöhne aus?

Dadurch steigen die Löhne real. Aber nur für diejenigen, die keine Abstriche bei der Arbeitszeit hinnehmen müssen. Und wer arbeitslos wird, hat auch nichts davon, dass die Löhne stärker steigen als die Verbraucherpreise.

Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Löhne?

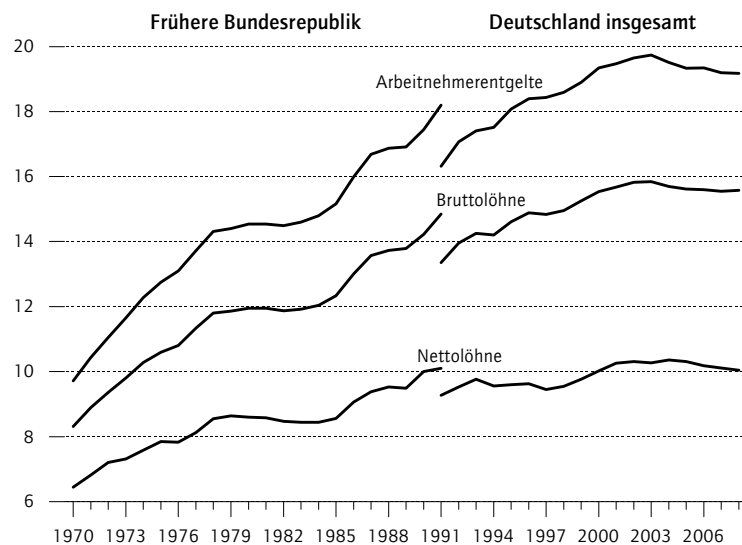
Wie es nach der Rezession weitergehen wird, ist schwer zu sagen. Es wäre hilfreich, wenn man in Deutschland zu einer Lohnentwicklung kommt, bei der die Verteilungsspielräume mehr ausgeschöpft werden, denn das war in den letzten Jahren nicht der Fall. Die Verteilung hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu den Kapitaleinkünften verschoben. Man könnte die Verteilung gleich halten. Dann würde weder der eine noch der andere gewinnen. Das könnte auch den privaten Konsum, der jahrelang in Deutschland schwach war, etwas stimulieren.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Abbildung 1

Preisbereinigte¹ Arbeitnehmerentgelte, Brutto- und Nettolöhne pro Stunde

In Euro


¹ Mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben

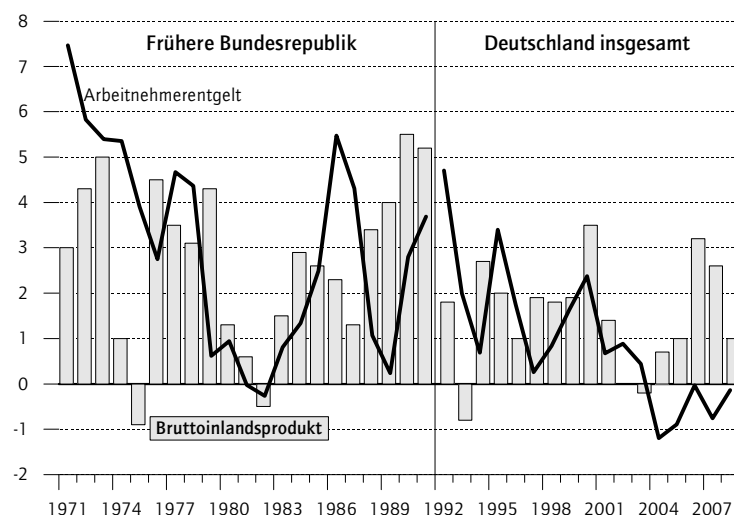
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 2

Preisbereinigte¹ Arbeitnehmerentgelte pro Stunde und Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent


¹ Mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

In welchem Maße es zu Lohnsteigerungen kommt, hängt generell von der jeweiligen Wirtschaftsentwicklung ab. In konjunkturell guten Phasen haben die Arbeitnehmer und ihre Vertretungen eine starke Verhandlungsposition, in schlechten Zeiten eine eher schwache. In

der Ersten Ölpreiskrise traf das allerdings nicht zu – die Arbeitnehmerseite war in dieser Phase überlegen, und in den gesamten 70er Jahren wurden recht hohe Nominallohnzuwächse durchgesetzt (Abbildung 2). Ab Ende des Jahrzehnts bis zum Auslaufen des letzten Zyklus im Jahr 2004 verlief die Lohnentwicklung dann in einem üblichen Konjunkturmuster – abgesehen von vereinigungsbedingten Sonderfaktoren in den ersten Jahren nach dem Mauerfall. Im letzten Aufschwung haben dagegen die realen Löhne entgegen den Erwartungen nicht angezogen; sie sind sogar gesunken.

Schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre kam es in der alten Bundesrepublik zu einem zeitweiligen Rückgang der Nettostundenlöhne, der bei einer nur geringen Anhebung der Arbeitnehmerentgelte vor allem auf eine kräftige Zunahme der Lohnsteuerbelastung zurückzuführen ist. Mitte der 90er Jahre zeigte sich im wiedervereinigten Deutschland eine erneute Minderung bei den Nettolöhnen, begleitet von einem kräftigen Anstieg der Arbeitskosten; auch hier waren stark steigende Abzüge die Ursache. In den alten Bundesländern sind die Reallöhne sogar schon seit Beginn der 90er Jahre tendenziell auf Talfahrt; diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren stark beschleunigt (Abbildung 3).²

Abgabenbelastung zuletzt nicht mehr gestiegen

Die Arbeitgeber nehmen die Löhne – genauer die Arbeitnehmerentgelte – als Kosten wahr. Die Arbeitnehmer richten ihr Augenmerk dagegen vor allem darauf, was sie nach allen Abzügen von den Löhnen letztlich an Erwerbseinkommen zur Verfügung haben – also auf die Nettolöhne. Im letzten Jahr belief sich das Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Stunde auf 25,26 Euro, der Nettolohn dagegen lediglich auf 13,23 Euro – 48 Prozent des Arbeitnehmerentgelts entfielen somit auf Sozialbeiträge und Steuern (Abbildung 4). Dieser Abgabensatz hat sich in den letzten Jahren nur wenig verändert.

Anfang der 70er Jahre war die Belastung der Löhne mit Steuern und Sozialabgaben noch deutlich geringer. Es gab drei Zeiträume, in denen sie

² Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der preisbereinigten Bruttolöhne. Daten über die Nettolohnentwicklung in den alten und neuen Bundesländern sind nicht verfügbar, sodass für diese Teilgebiete lediglich die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte sowie die der Bruttolöhne nachgezeichnet werden kann. Zudem gibt es in regionaler Hinsicht erst ab 1998 Informationen über die geleisteten Arbeitsstunden. Da die Abgabenbelastung der Löhne keineswegs gesunken, sondern insbesondere in der Mitte der 90er Jahre gestiegen ist, dürften die realen Nettolöhne in Westdeutschland seit Beginn der 90er Jahre noch stärker gesunken sein als die realen Bruttolöhne.

besonders kräftig angezogen hat. Das war die Zeit von 1972 bis 1977, als nicht zuletzt wegen der stark wachsenden Arbeitslosigkeit die Sozialabgaben, insbesondere jene der Arbeitgeber, angehoben wurden. Von 1981 bis 1985 kam es vor allem zu einer stärkeren Steuerbelastung der Löhne; und von 1993 bis 1997 wurden sowohl die Steuern als auch die Sozialabgaben kräftig angehoben, um die Kosten der deutschen Einheit zu finanzieren.

In den letzten zehn Jahren haben die Sozialabgaben der Arbeitnehmer je geleisteter Stunde weiter stetig zugenommen (Abbildung 5). Bis 2003 traf das auch für die von den Arbeitgebern gezahlten Sozialabgaben zu; seitdem stagnieren diese jedoch. Ein Grund dafür ist, dass die Arbeitgeber bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Vergleich zu den Arbeitnehmern entlastet wurden. Andere Sozialleistungen der Arbeitgeber wie Mutterschaftsgeld und Unfallversicherung könnten sogar gesunken sein. Anders war in letzter Zeit die Entwicklung bei der Lohnsteuer: Sie hat in den Jahren 2002 bis 2004 je erbrachter Arbeitsstunde abgenommen – vor allem wohl aufgrund der Steuerreform; danach stieg sie aber wieder deutlich.

Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten fiel das Wachstum der Abgabenbelastung eher mild aus (Tabelle 1). Zuwächse in der Größenordnung der 70er und 80er Jahre wären angesichts des im Laufe der Zeit aufgebauten Belastungsniveaus politisch auch kaum umsetzbar und mit Blick auf die Anreizwirkungen wenig sinnvoll gewesen.

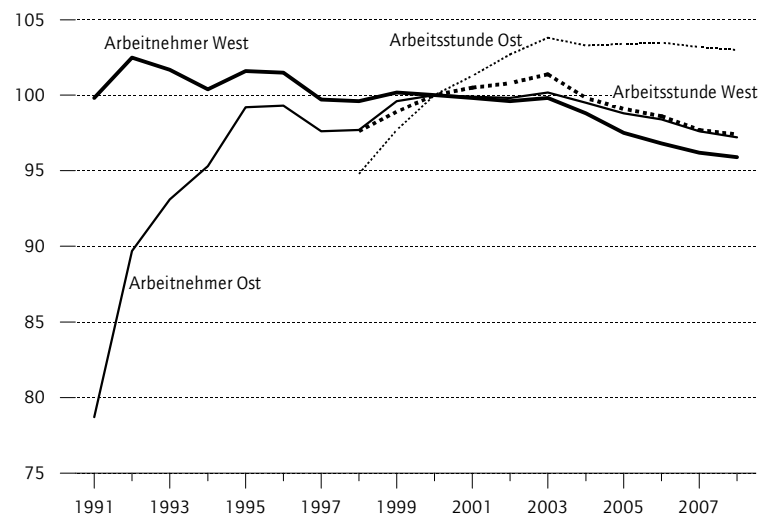
Bei den Steuern und Abgaben auf die Löhne ist zu berücksichtigen, dass die Abzüge bei manchen Gruppen aus arbeitsrechtlichen Gründen sehr gering sind. So fallen bei Beamten keine Sozialabgaben und bei den geringfügig Beschäftigten nur relativ niedrige Sozialbeiträge und Steuern an. Für die regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist demnach die Belastung der Löhne höher als die durchschnittliche Quote von 48 Prozent. Die Zahl der Beamten ist seit Mitte der 90er Jahre leicht gesunken.³ Kräftig expandiert hat bis 2004 die geringfügige Beschäftigung, seither steigt die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse kaum noch. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich dagegen zyklisch und hat im letzten Aufschwung stark zugenommen (Abbildung 6). Das dürfte vor allem dazu

³ Über die Beamten der ehemaligen Deutschen Bundespost stehen keine Daten zur Verfügung. Ihre Zahl ist aber wohl stark zurückgegangen, da es in dem privatisierten Unternehmen keine neue Verbeamtungen gegeben hat und es neben der natürlichen Fluktuation zu zahlreichen Frühverrentungen kam.

Abbildung 3

Reale¹ Bruttolöhne je Arbeitnehmer und je Arbeitsstunde in Ost- und Westdeutschland

Index 2000 = 100


¹ Preisbereinigt mit dem jeweiligen Verbraucherpreisindex.

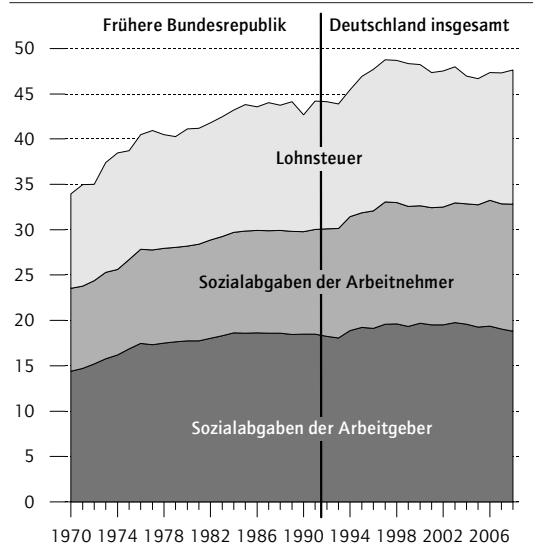
Quellen: VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 4

Belastung der Arbeitsentgelte mit Sozialabgaben und Lohnsteuern

Anteile in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

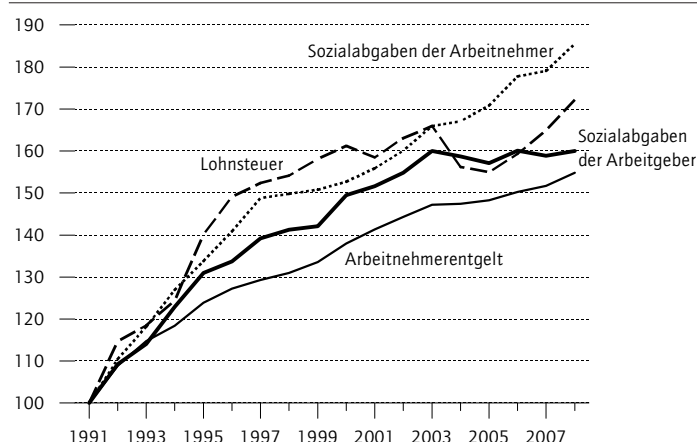
beigetragen haben, dass die Lohnsteuern deutlich gestiegen sind.

Inwieweit sich die Veränderungen im Gewicht dieser drei Beschäftigtengruppen auf die Lohn-

Abbildung 5

Arbeitnehmerentgelte, Sozialabgaben und Lohnsteuern pro Stunde

Index 1991 = 100



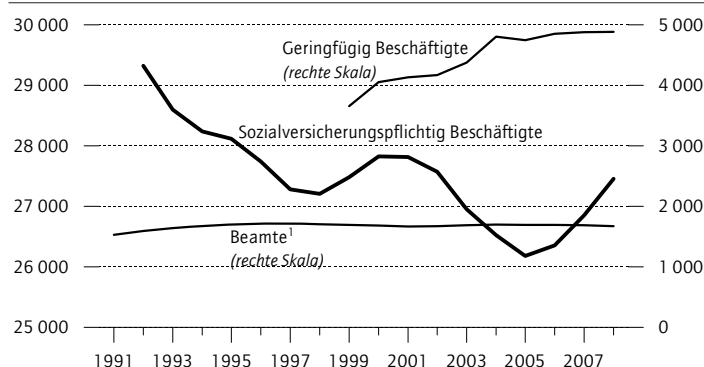
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 6

Arbeitnehmer nach Beschäftigtengruppen

In 1 000 Personen



¹ Ohne Beamte der ehemaligen Deutschen Bundespost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

entwicklung ausgewirkt haben, lässt sich nicht genau bestimmen. Große Struktureffekte dürfte es aber nicht gegeben haben, denn der wachsenden Zahl der Mini-Jobber, der einer Gruppe mit geringer Lohnbelastung, stand eine Abnahme der Beamten, der anderen Gruppe mit geringer Lohnbelastung, gegenüber. Überdies sollte die volkswirtschaftliche Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung nicht überschätzt werden. So entfielen nach einer Auswertung des Mikrozensus auf die ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Jahr 2006 gerade einmal vier Prozent des Arbeitsvolumens aller Arbeitnehmer.

Große Entlohnungsunterschiede zwischen Wirtschaftszweigen und Tätigkeiten

Die Löhne variieren zwischen den einzelnen Branchen zum Teil erheblich. Für einen Vergleich wurden die Löhne derjenigen Arbeitnehmer herangezogen, die gemäß der amtlichen Statistik der mittleren Leistungsgruppe (3) zugerechnet werden, die also Tätigkeiten ausführen, für die eine Berufsausbildung und zum Teil auch eine längere Berufserfahrung erforderlich ist. Die höchsten Löhne zahlt hier die Erdölgewinnung, gefolgt von der Mineralölverarbeitung – Branchen, in denen nicht gerade ein starker Wettbewerb besteht (Abbildung 7). Das Gleiche gilt für die Energieversorgung. In der Industrie verdienen die Facharbeiter in der Kraftfahrzeugindustrie und in der Tabakverarbeitung besonders gut, die in der Nahrungsmittelherstellung besonders schlecht. Am unteren Ende der Lohnskala rangieren das Gastgewerbe und andere personenbezogenen Dienste wie der Einzelhandel. Nur geringe Vergütungen erhalten auch die Fachkräfte bei den Leiharbeitsfirmen.

Natürlich hängt die Entlohnung nicht nur von der Branche, sondern auch in starkem Maße von

Tabelle 1

Löhne, Sozialabgaben und Lohnsteuern je geleisteter Arbeitsstunde

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

Periode	Arbeitnehmerentgelt	Sozialabgaben der Arbeitgeber	Sozialabgaben der Arbeitnehmer	Lohnsteuer	Preisbereinigte Nettolöhne	Deflator der privaten Konsumausgaben	Geleistete Arbeitsstunden	Erwerbslose	Reales Bruttoinlandsprodukt
Frühere Bundesrepublik									
1970 bis 1980	9,5	11,8	11,0	11,9	2,9	5,2	-0,3	16,7	2,9
1981 bis 1991	4,5	4,9	5,3	5,6	1,6	2,3	0,3	4,7	2,8
Deutschland insgesamt									
1991 bis 2000	3,6	4,6	4,8	5,5	0,9	1,7	-0,7	4,2	1,7
2000 bis 2008	1,5	0,9	2,5	0,8	0,0	1,6	-0,1	0,0	1,2
2004 bis 2008	1,2	0,2	2,7	2,5	-0,8	1,7	0,6	-6,8	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

der Art der ausgeübten Tätigkeit ab. Generell gilt aber, dass solche Branchen, die Personen für Tätigkeiten mit mittleren Anforderungen gut entlohnen, auch ihren übrigen Beschäftigten überdurchschnittliche Entgelte zahlen. So zahlt etwa die Energieversorgung ihren Führungskräften (Leistungsgruppe 1) viel mehr als das Gastgewerbe (Tabelle 2). In der Energieversorgung erhalten sogar die ungelernten Kräfte (Leistungsgruppe 5) einen höheren Lohn als Fachkräfte in der Bauwirtschaft und anderen Sektoren. Auch ein angelernter Arbeiter (Leistungsgruppe 4) im verarbeitenden Gewerbe wird im Schnitt besser als Fachkräfte in anderen Branchen entlohnt. Eine herausgehobene Fachkraft (Leistungsgruppe 2) im verarbeitenden Gewerbe kommt auf höhere Bezüge als eine Führungsperson im Sektor Erziehung und Unterricht. Zu berücksichtigen ist natürlich, dass die jeweiligen Tätigkeiten in den einzelnen Branchen schwer miteinander vergleichbar sind.

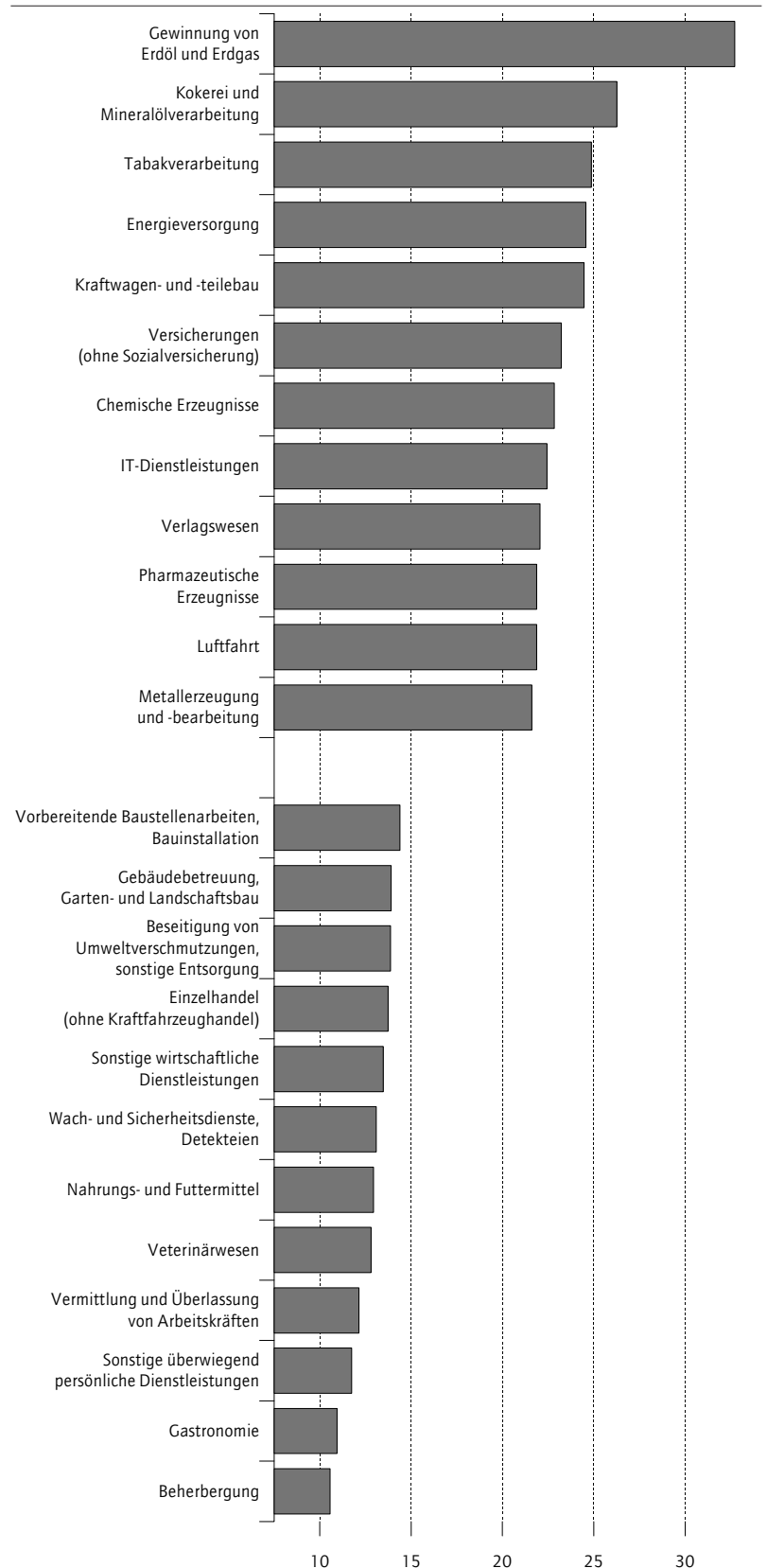
Struktur der Arbeitnehmer verschiebt sich zu den qualifizierten Kräften

Eine mögliche Erklärung für die seit einigen Jahren schwache Lohnentwicklung könnte ein sektoraler Wandel sein, im Zuge dessen die Beschäftigung in denjenigen Wirtschaftszweigen, die vergleichsweise gut entlohnen, abnimmt, und in solchen Sektoren steigt, die geringe Arbeitsentgelte zahlen. Um diese Frage zu beantworten, wurden für die 15 großen Wirtschaftsbereiche der amtlichen Statistik Daten über die geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer sowie deren Löhne ausgewertet. Bei der Untersuchung wurde simuliert, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Löhne entwickelt hätten, wenn sich die Verteilung des Arbeitsvolumens über die Sektoren seit 1995 nicht verändert hätte.⁴ Verfügbar sind allerdings nur Daten bis 2007. Unter dieser Annahme hätte es zwar höhere Lohnzuwächse gegeben – die Differenz wäre aber nicht groß ausgefallen. Im Jahr 2007 ergibt sich ein Unterschied bei den Arbeitnehmerentgelten von nominal 45 Cent oder knapp zwei Prozent, und bei den Bruttolöhnen sind es 31 Cent, ebenfalls knapp zwei Prozent (Abbildung 8). Stark beeinflusst wird das Ergebnis von zwei Sektoren mit der Tendenz deutlich rückläufiger Beschäftigung. Das ist zum einen das verarbeitende Gewerbe, das überdurchschnittlich hohe Entgelte zahlt, und zum anderen das Baugewerbe, das seine Arbeitnehmer vergleichsweise gering entlohnt. Überdies ist zu berücksichtigen, dass die hier verwendete sektorale Gliederung recht grob ist. So können Entwicklungen wie die

Abbildung 7

Wirtschaftszweige mit geringen und mit hohen Bruttostundenlöhnen¹ 2008

In Euro



¹ Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Tätigkeiten mit mittlerer Qualifikation (Leistungsgruppe 3) einschließlich Sonderzahlungen (Einmalzahlungen, Zulagen und so weiter).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

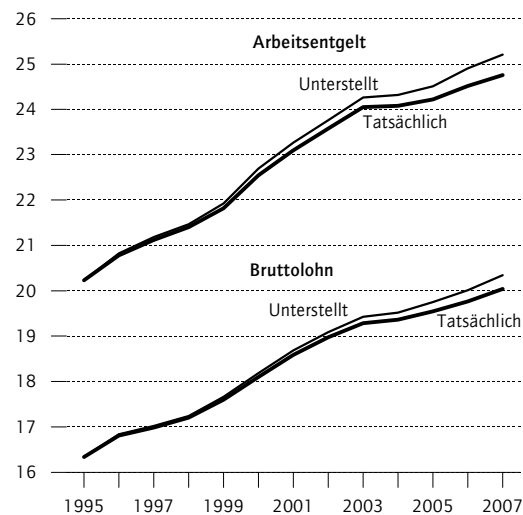
DIW Berlin 2009

⁴ Das Jahr 1995 wurde gewählt, da seitdem die wirtschaftlichen Umbrüche in Ostdeutschland zu einem großen Teil vorüber waren.

Abbildung 8

Struktureffekt¹ bei Arbeitnehmerentgelten und Bruttolöhnen pro Stunde

In Euro



¹ Tatsächliche und – bei unveränderter Verteilung des Arbeitsvolumens auf die Wirtschaftszweige von 1995 – unterstellte Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Eine weitere Ursache für die in den letzten Jahren schwache Lohnentwicklung könnte sein, dass sich die Tätigkeitsstruktur hin zu eher einfachen und somit gering entlohnerten Tätigkeiten verschoben hat. Um das zu prüfen, sind die Daten des Mikrozensus herangezogen worden. Dabei wurden die Angaben der Befragten über die von ihnen ausgeübten Berufe nach der Art der jeweiligen Tätigkeit klassifiziert.⁵

Unter den Auswertungsergebnissen sticht vor allem ins Auge, dass Berufe, in denen manuelle Tätigkeiten ausgeübt werden, an Bedeutung verloren haben – seien es einfache Berufe oder auch Tätigkeiten, die einen Berufsabschluss erfordern (Tabelle 3). Auch einfache nicht-manuelle Tätigkeiten haben an Relevanz eingebüßt. Stark auf dem Vormarsch sind dagegen nicht-manuelle Berufe, die eine mittlere Qualifikation voraussetzen.

Insgesamt gibt es ohne Zweifel die Tendenz, dass sich die Struktur der Beschäftigung zu den qualifizierten Tätigkeiten verlagert hat. Das gilt sowohl für die Zahl der Arbeitnehmer, als auch – und mehr noch – für das Arbeitsvolumen. Am

rasante Ausbreitung der – gering entlohnerten – Leiharbeit mangels der Verfügbarkeit entsprechender Daten nicht berücksichtigt werden.

⁵ Die Klassifizierung stützt sich weitgehend auf die entsprechende Zuordnung der Berufe nach Schimpl-Neimanns, die auf der Berufsklassifikation von Blossfeld beruht. Vgl. Schimpl-Neimanns, B.: Mikrodaten-Tools: Umsetzung der Berufsklassifikation von Blossfeld auf die Mikrozensus 1973–1998. Zuma-Methodenbericht, Nr. 10/2003.

Tabelle 2

Bruttostundenverdienste¹ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen 2008

In Euro

	Insgesamt	Leistungsgruppe ²				
		1	2	3	4	5
Gastgewerbe	11,47	23,72	15,43	10,72	9,35	8,53
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	12,50	35,83	20,62	13,47	9,87	8,52
Sonstige Dienstleistungen	17,73	35,28	21,66	14,48	11,21	9,22
Baugewerbe	16,51	30,18	19,03	14,56	13,30	11,84
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	17,93	29,26	20,36	15,32	12,68	10,70
Gesundheits- und Sozialwesen	18,93	35,80	19,88	15,47	12,37	10,86
Verkehr und Lagerei	16,46	40,06	23,49	15,53	12,97	11,18
Erziehung und Unterricht	22,17	26,21	21,26	15,65	13,47	9,88
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	17,03	35,04	22,01	16,03	13,71	11,23
Kunst, Unterhaltung und Erholung	22,10	55,00	23,88	16,04	13,89	8,83
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	18,96	40,13	23,86	16,16	12,79	10,98
Grundstücks- und Wohnungswesen	22,48	44,96	24,07	18,25	15,14	12,23
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	26,46	46,01	27,56	18,28	15,09	11,68
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	21,13	37,71	24,07	18,36	18,05	20,46
Verarbeitendes Gewerbe	21,90	41,13	26,45	19,03	16,21	14,11
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	29,47	49,99	30,78	20,30	16,87	14,94
Information und Kommunikation	27,52	44,17	29,86	21,69	15,36	10,01
Energieversorgung	28,40	41,99	30,35	24,56	22,09	18,56

¹ Einschließlich Sonderzahlungen (Einmalzahlungen, Zuschläge und so weiter).

² Definition der Leistungsgruppen: 1 = Arbeitnehmer in leitender Stellung; 2 = herausgehobene Fachkräfte; 3 = Fachkräfte; 4 = angelernte Kräfte; 5 = ungelernte Kräfte.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2009

Tabelle 3

Struktur der abhängigen Beschäftigung¹ in Deutschland nach Tätigkeiten

	Arbeitnehmer			Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer ²		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006
Einfache manuelle Berufe	20,5	19,9	19,7	20,2	19,3	18,6
Qualifizierte manuelle Berufe	17,7	15,9	14,9	18,7	17,0	16,2
Meister, Techniker	2,2	2,1	1,9	2,2	2,3	2,1
Einfache nicht-manuelle Berufe	13,1	13,2	12,6	11,8	11,5	10,6
Qualifizierte nicht-manuelle Berufe	35,0	36,7	39,6	34,3	36,2	39,4
Hochqualifizierte Tätigkeiten, Ingenieure, Manager	11,6	12,2	11,2	12,7	13,7	13,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

¹ Ohne Auszubildende.² Üblicherweise geleistete Wochenarbeitszeit.

Quellen: Mikrozensus 1996 (Scientific Use File), Mikrozensus 2001 (Scientific Use File), Mikrozensus 2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Wandel der Tätigkeitsstruktur kann es demnach nicht liegen, dass die Löhne zuletzt eher schwach gestiegen sind. Eher wäre das Gegenteil zu erwarten gewesen, dass also angesichts eines zunehmenden Anteils qualifizierter Arbeitnehmer die Entlohnungen im Schnitt kräftig gewachsen wären.

Ein internationaler Vergleich

Daten über die Lohnentwicklung in anderen Ländern existieren nur lückenhaft. Nach Angaben des statistischen Amtes der EU (Eurostat) sind seit dem Jahr 2000 die realen Arbeitnehmerentgelte – je Arbeitnehmer gerechnet – in Deutschland um neun Prozent gesunken. So schlecht war die Entwicklung in keinem anderen Land der alten EU (Abbildung 9). Etwa in Spanien, Italien und Österreich haben sie ebenfalls abgenommen. In anderen Staaten wie dem Vereinigten Königreich, Irland oder Finnland gab es dagegen kräftige Zuwächse.

Dass die Arbeitnehmer in Deutschland bei der Entlohnung zurückgefallen sind, zeigt sich auch hinsichtlich der Arbeitskosten je geleisteter Stunde (Tabelle 4). Im Vergleich zu jenen Staaten, über die es entsprechende statistische Informationen gibt, bildet die Bundesrepublik das Schlusslicht. Nur in Belgien sind ähnlich schwache Lohnzuwächse zu verbuchen – allerdings ist dort das Lohnniveau höher als in Deutschland.

Einkommensverteilung verschiebt sich zugunsten der Selbständigen und der Bezieher von Kapitaleinkünften

Die schwache Lohnentwicklung zeigt sich auch bei der Verteilung der Erträge der Wirtschaftsleistung zwischen Löhnen einerseits und den

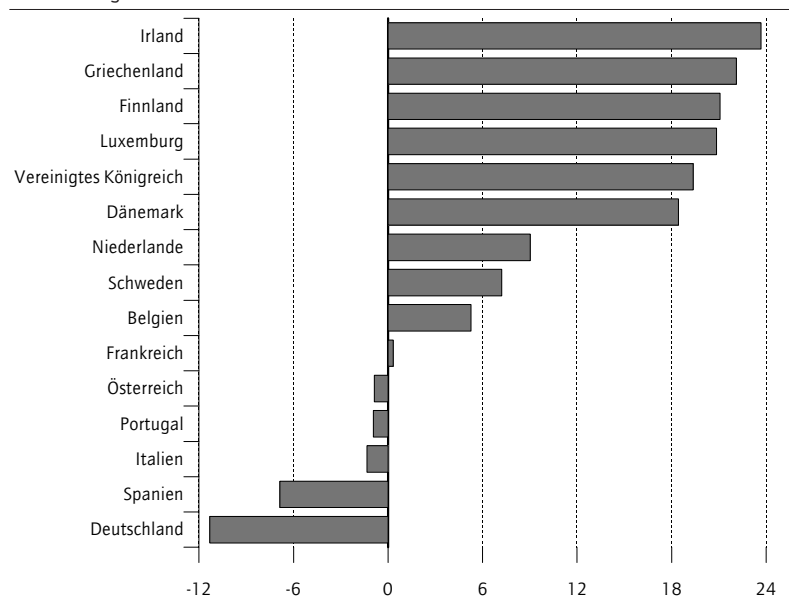
Einkünften aus selbständiger Tätigkeit sowie aus Kapitalvermögen andererseits. Zur Messung der Verteilung wird üblicherweise die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen – herangezogen.⁶ Weil es im Zeitverlauf zu Veränderungen des Anteils der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen kommt,

⁶ Die Lohnquote gibt nur Auskunft über die Verteilung der jeweiligen Einkommensarten. Sie informiert nicht darüber, wer die Einkommen erhält. So kann eine Person oder ein Privathaushalt, dessen Lebensunterhalt vorwiegend durch Einkünfte aus abhängiger Beschäftigung bestritten wird, durchaus auch Einkünfte aus Vermögen beziehen – etwa in Form von Zinsen aus Spareinlagen oder in Form von Dividenden aus Wertpapieren.

Abbildung 9

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte¹ je Arbeitnehmer in der EU von 2000 bis 2008

Veränderung in Prozent

¹ Preisbereinigt und in Landeswährung.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Tabelle 4

Arbeitnehmerentgelte je geleisteter Arbeitsstunde in ausgewählten Hochlohnländern

In Euro

	Belgien	Deutschland	Österreich	Finnland	Schweden	Vereinigtes Königreich	Schweiz
2000	–	25,10	23,09	22,13	–	23,27	31,07
2001	–	25,70	23,58	–	–	23,93	–
2002	–	26,30	24,06	23,40	–	24,66	34,73
2003	–	26,80	24,80	24,36	–	23,19	–
2004	29,19	26,90	25,15	24,87	29,00	24,49	33,42
2005	29,67	27,10	26,06	26,15	29,44	24,89	–
2006	30,56	27,50	26,83	28,75	30,21	25,86	34,26
Veränderung in Prozent							
2006/2000	–	9,6	16,2	29,9	–	11,1	10,3
2006/2004	4,7	2,2	6,7	15,6	4,2	5,6	2,5
Preisbereinigte¹ Veränderung in Prozent							
2006/2000	–	–0,6	4,2	19,8	–	1,1	4,4 ²
2006/2004	–0,2	–1,5	2,7	13,3	1,8	1,2	3,3 ²
Preisbereinigte¹ Veränderung in nationaler Währung in Prozent							
2006/2000	–	–0,7	3,9	19,7	–	13,1	5,6 ²
2006/2004	–0,2	–1,5	2,7	13,3	3,2	1,7	2,1 ²

¹ Preisbereinigt mit dem EU-harmonisierten Verbraucherpreisindex.² Preisbereinigt mit dem nationalen Verbraucherpreisindex.

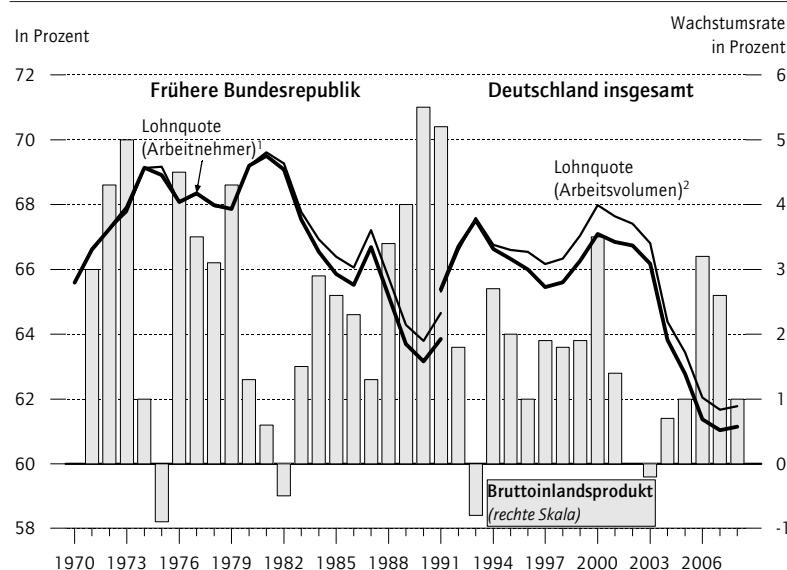
Quellen: Eurostat; Bundesamt für Statistik der Schweiz; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

wird in der Regel die um solche Veränderungen bereinigte Lohnquote berechnet. Hier wurde eine weitere Strukturbereinigung vorgenommen, bei der berücksichtigt wird, dass sich auch der Anteil des auf die Arbeitnehmer beziehungsweise die Selbständigen entfallenden Arbeitsvolumens verändert hat. Es zeigt sich, dass die Lohnquo-

te bereits seit dem Jahr 2000 gesunken ist, die Arbeitnehmer also die sich aus dem Wirtschaftswachstum ergebenden Verteilungsspielräume nicht ausnutzen konnten (Abbildung 10). Ab 2004, als der letzte Aufschwung einsetzte, sank die Lohnquote rasant, und im Jahr 2007 war sie mit 61 Prozent so gering wie nie zuvor. Dabei ist die um den Arbeitnehmeranteil bereinigte Lohnquote kleiner als die um das Arbeitsvolumen bereinigte. Dies liegt daran, dass die Arbeitnehmer im Schnitt auf eine geringere Arbeitszeit als die Selbständigen kommen.

Abbildung 10

Bereinigte Lohnquote und reales Bruttoinlandsprodukt¹ Bereinigt um den Arbeitnehmeranteil an allen Erwerbstätigen.² Bereinigt um den auf Arbeitnehmer entfallenden Anteil am Arbeitsvolumen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Auch schon in den 80er Jahren ist die Lohnquote in der Tendenz deutlich gesunken. Nach der deutschen Wiedervereinigung sprang sie zeitweilig nach oben, was zum Teil daran lag, dass die Selbständigen in Ostdeutschland eher geringe Einkommen erzielten. Vor allem aber wurden in Teilen der ostdeutschen Wirtschaft Anfang der 90er Jahre erhebliche Verluste gemacht; so waren in den Jahren 1991 bis 1993 im verarbeitenden Gewerbe die Arbeitnehmerentgelte höher als die Bruttowertschöpfung.

Im Zeitverlauf zeigte die Lohnquote meist eine antizyklische Entwicklung. Weil in konjunkturell schwachen Zeiten die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit und Kapitalvermögen noch stärker als die Löhne unter Druck geraten, nimmt die Lohnquote zu. Das ist auch in der gegenwärtigen Krise der Fall, wie sich bereits am Anstieg der Lohnquote im letzten Jahr zeigt. Andererseits ist

seit den 80er Jahren meist zu beobachten, dass sie bei guter Konjunktur sank, da die Löhne nicht so stark stiegen wie das gesamte Volkseinkommen. Eine Ausnahme war das Jahr 2000: Im damaligen konjunkturellen Hoch stieg die Lohnquote deutlich an. Das lag aber nicht etwa daran, dass die Lohnabhängigen stärker vom Produktionsaufschwung profitierten als die Bezieher von Selbständigen- und Kapitaleinkünften, sondern daran, dass die Kapitaleinkünfte wegen des Platzens der Spekulationsblase bei den Technologieaktien unter Druck gerieten.

Fazit

Die schwache Lohnentwicklung hat ohne Zweifel die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt gestärkt und dem Export Impulse gegeben. Für sich genommen hat das positiv auf die Beschäftigung gewirkt – bei Ausblendung der Wirkungen auf andere Komponenten der Güter- und somit der Arbeitskräftenachfrage. Die geringe Anhebung der Löhne in der Industrie, dem Sektor mit der Tarifführerschaft in Deutschland, der auch vergleichsweise hohe Löhne zahlt, hat gewiss auch bei den Tarifabschlüssen und individuellen Entgeltvereinbarungen in anderen Sektoren Spuren hinterlassen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass aufgrund der Arbeitsmarktreformen die Bereitschaft von Erwerbslosen – insbesondere der gering Qualifizierten – gestiegen ist, eine Beschäftigung auch mit einer vergleichsweise geringen Entlohnung anzunehmen. Das ist ein durchaus gewünschtes Ergebnis.

Wie die vorgelegte Untersuchung zeigt, ist die schwache Lohnentwicklung in Deutschland aber keineswegs darauf zurückzuführen, dass die Löhne der gering Qualifizierten unter Druck gerieten. Vielmehr gab es in den letzten Jahren Reallohnverluste für die Arbeitnehmer insgesamt, obwohl sich im Schnitt deren Qualifikationsstruktur verbessert hatte. Eher scheint es so zu sein, dass die besonders großen Beschäftigungsprobleme der Unqualifizierten immer wieder herangezogen werden, um Forderungen nach höheren Löhnen generell im Zaum zu halten. Und es spricht Vieles dafür, dass man diese Probleme nicht primär mit der Lohnpolitik, sondern eher mit einer mehr fordernden Sozialpolitik und mit einer besseren Bildungspolitik lösen kann. Wie dem auch sei: Jedenfalls hat sich die Verteilung der Einkommen immer mehr hin zu den Beziehern von Kapital- und Selbständigeinkünften verschoben.

Im letzten Aufschwung zeigte sich eine erstaunliche Konstellation: Die Beschäftigung nahm kräf-

tig zu, die Erwerbslosigkeit ging erstmals seit langer Zeit deutlich zurück, und die Raten des Wirtschaftswachstums waren beachtlich – alles Faktoren, die eigentlich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und ihrer Interessensvertretungen bei der Lohnfindung stärken sollten. Dennoch mussten die Arbeitnehmer Einbußen bei den realen Nettolöhnen hinnehmen, die es in einem solchen Maße und über mehrere Jahre hinweg nie zuvor in der Bundesrepublik gegeben hat.

Die Lohnpolitik obliegt den Tarifparteien, und ihre Ergebnisse sind generell der Ausdruck des jeweiligen Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Offenkundig haben die Gewerkschaften an Macht eingebüßt. Auch wenn es sich anhand der verfügbaren Daten nicht zufriedenstellend belegen lässt – insbesondere, weil sie keine hinreichend tief aggregierte sektorale Differenzierung zulassen –, dürfte den deutschen Gewerkschaften der sektorale Strukturwandel zu schaffen machen. Der Trend bei der Beschäftigung weg vom produzierenden Gewerbe und dabei insbesondere weg von der Industrie, dem Sektor, in dem die Gewerkschaftsbewegung ihren Ursprung hatte und in dem sie auch heute noch eine bedeutende Rolle spielt, hat die Position der Gewerkschaften zweifellos geschwächt. In den expandierenden Dienstleistungssektoren ist traditionell ihr Einfluss geringer, zumal sich im tertiären Sektor viele kleine Betriebe finden, denen die gewerkschaftliche Organisation schwer fällt. Hinzu kommt ein Mentalitätswandel in der Gesellschaft. Im Zuge einer um sich greifenden Individualisierung und der Auflösung früher bestehender soziokultureller Milieus zeigt sich eine zunehmende Abkehr in der Bevölkerung von Großorganisationen. Entsprechend schrumpfen deren Mitgliederzahlen; das gilt nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die großen Volksparteien und die Kirchen.

Solche Trends gibt es allerdings auch in den anderen Industriestaaten. Deshalb stellt sich die Frage, warum Deutschland bei der Lohnentwicklung im internationalen Vergleich so schlecht abgeschnitten hat. Von zentraler Bedeutung ist das Wachstum der Wirtschaftsleistung – hier lag Deutschland seit Mitte der 90er Jahre innerhalb der EU meist unter dem Durchschnitt. In der Regel wurden die hinteren Plätze eingenommen; erst in den letzten drei Jahren gelang ein Aufstieg ins Mittelfeld. Die Entwicklungen von Löhnen und Produktion hängen eng zusammen. So hat der nominal nur schwache Anstieg der Entgelte ohne Zweifel die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, insbesondere die der Industrie, enorm verbessert.

Andererseits dämpft eine schwache Lohnentwicklung den privaten Verbrauch – beim Konsum blieb Deutschland gegenüber anderen Ländern erheblich zurück.

JEL Classification:

J30, J31

Keywords:

Development of wages
in Germany

In der aktuellen Krise werden zwar die realen Stundenlöhne erstmals seit Jahren wieder anziehen. Dies resultiert aber nicht aus besonders starken Lohnanhebungen, sondern daraus, dass

die Teuerung zum Stillstand gekommen ist. Beim Lohn je Arbeitnehmer sieht es dagegen anders aus, da Kurzarbeit enorm zugenommen hat. Die Summe der Löhne und Gehälter wird durch die sinkende Zahl der Arbeitnehmer gedrückt. In diesem Jahr wird die Lohnquote wachsen, da die Gewinne einbrechen. Das ist aber für eine Rezession normal – und, wie die Erfahrungen zeigen, nur ein vorübergehendes Phänomen.

Sommerpause bei der Arbeitslosigkeit: Google-gestützte Prognose signalisiert Entspannung

Die große Wirtschaftskrise hat bisher nur verhaltene Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Angesichts der unsicheren weiteren konjunkturellen Entwicklung, der schlechten Auslastung der Arbeitskräfte in den Unternehmen und der hohen Kurzarbeit erwarten viele Beobachter zum Herbst einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einer baldigen Überschreitung der Vier-Millionen-Grenze.

Nach Prognosen unter Verwendung von Google-Internetzugriffsstatistiken bleibt es aber im Vorfeld der Bundestagswahlen in den Sommermonaten August und September aller Voraussicht nach völlig ruhig. Saisonal bedingt geht die Arbeitslosigkeit sogar zurück. Damit wird die Gefahr, dass eine Arbeitslosenzahl von vier Millionen in diesem Jahr erreicht wird, weiter unwahrscheinlicher.

Üblicherweise hat die wirtschaftliche Entwicklung einen prägenden Einfluss auf wichtige Wahlen.¹ Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1992 spielte dieser Gedanke als Slogan „It's the economy, stupid!“ eine wichtige Rolle, mit dem die Kampagne von Bill Clinton entscheidende Punkte gewann. Demzufolge sollten in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise wie gegenwärtig auch der Bundestagswahlkampf und die Erfolgchancen der Parteien durch Wirtschaftsthemen geprägt sein. Nichts davon ist zu sehen. Im Gegenteil, alle Parteien halten sich bei diesen Fragen auffallend zurück; es gelingt nicht, die Menschen mit kontroversen Themen zu mobilisieren. Dramatisch anwachsende Arbeitslosenzahlen im Vorfeld der Bundestagswahlen am 27. September 2009 oder die Erwartung einer solchen Entwicklung für die unmittelbare Zeit danach könnten allerdings zu einer größeren Relevanz der Wirtschaftsthemen führen.²

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht indes entspannter aus, als sie zuletzt in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde. Der Boden der Rezession in Deutschland scheint erreicht zu sein und die wichtigen Absatzregionen in Asien und den Vereinigten Staaten zeigen Zeichen einer Besserung der Lage. Die Struktur der Krise, die vor allem die exportorientierten Investitionsgüterindustrien mit ihren Fachkräften getroffen hat, lässt jedoch erwarten, dass sich erst nach einer konjunkturellen Erholung auch in den

Nikos Askitas
askitas@iza.org

Klaus F. Zimmermann
president@diw.de

¹ Auch in der letzten Präsidentschaftswahl in den USA brachte die Wirtschaftskrise die entscheidende Wende zugunsten des in Wirtschaftsfragen kompetenter erscheinenden Barack Obama gegenüber dessen Kontrahenten John McCain, dessen Kompetenz vor allem in Sicherheitsfragen wahrgenommen wurde. Dieses Phänomen wurde unter Verwendung von Google-Internetzugriffsstatistiken bereits vor der Wahl belegt, vgl. Constant, A., Zimmermann, K. F.: Im Angesicht der Krise: US-Präsidentschaftswahlen in transnationaler Sicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 44/2008.

² So gehen die Sommergrundlinien des DIW Berlin von einer deutlichen Verschärfung der Arbeitsmarktlage bereits im Herbst aus. Vgl.: Dreger, C. et al.: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 31/2009.

west- und osteuropäischen Ökonomien wieder ein deutlich wachsender Bedarf an deutschen Investitionsgütern einstellt. Dann bleibt bis tief in das nächste Jahr hinein die zentrale Frage, inwieweit diese Schlüsselbranchen ihre massiv unterausgelasteten Fachkräfte halten können. Dafür spricht das Kurzarbeiterprogramm der Bundesregierung und das Eigeninteresse der Firmen, die angesichts des schon vor der Krise bestehenden und auch wegen des langfristig sich abzeichnenden Fachkräftemangels ihre Stammbeschaften so weit und so lange es geht halten wollen.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich in den letzten Monaten kaum noch erhöht. Im Juni lag sie bei 1,4 Millionen. Das sind reichlich fünf Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; in der Industrie sind es sogar etwa 20 Prozent. Der Kurzarbeiterbestand sinkt jetzt – vor allem urlaubsbedingt – aber, ohne dass dies zu größeren Freisetzungen führen wird. Der Juli, also jener Sommermonat, in dem sich üblicherweise vermehrte Entlassungen wegen des vorhergehenden Quartalsendes in einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen niederschlagen, hatte in diesem Jahr nur eine geringfügige Erhöhung der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte gebracht. Für eine Veränderung der konservativen Haltung der Firmen gibt es wenig Anzeichen. Auch sprechen Kündigungsfristen von durchschnittlich drei Monaten, die in vielen Unternehmen existierenden längerfristigen Jobgarantien und in der Krise mancherorts geschlossene Beschäftigungspakte dafür, dass es auch im Herbst allenfalls zu einem verhaltenen Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen wird.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es zur Bestätigung der Einschätzung wichtig, wie die kritischen Monate August und September verlaufen werden. Unter Verwendung von Google-Daten über die Internetsuchaktivität legen wir hier eine Einschätzung vor. Dabei werden die gemessenen Suchabfragen zur Bundesagentur für Arbeit, nach Jobs und Kurzarbeit benutzt, um die Arbeitslosenquote zu erklären. Das Schätzmodell wird dann für die Prognose benutzt. Der Einsatz der Google-Daten in diesen ökonometrischen Modellen läßt einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote für August erwarten. Schreibt man die Internetdaten mit ökonometrischen Methoden fort, so kann man auch einen ersten Blick auf den Folgemonat werfen. In der „Glaskugel“ kann auch für September ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit identifiziert werden. Das signalisiert insgesamt eine erfreuliche Sommerpause bei der Arbeitsmarktentwicklung.

Saisonale Muster im tatsächlichen Verlauf der Arbeitslosigkeit

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit schwankt erheblich. Die heute gemessene Arbeitslosigkeit ist im historischen Vergleich sehr niedrig – selbst wenn man die Tatsache ignoriert, dass wir noch in der Mitte einer der schwersten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten stehen.

Dabei ist ein wiederkehrendes saisonales Muster erkennbar. Die Arbeitslosigkeit ist in den Wintermonaten besonders hoch, vor allem im ersten Quartal des Jahres. Danach geht sie immer mehr zurück. Zur Jahresmitte, also vor den Ferien und wegen der in vielen Arbeitsverträgen vereinbarten Entlassungstermine zum Quartalsende, zieht sie oft im Juli kurzzeitig etwas an, um in den nächsten Monaten zu stagnieren und im Herbst zu sinken. In den Ferienmonaten im Sommer geht die Arbeitslosigkeit etwas zurück, weil sich Entlassungen in engen Grenzen halten und es in Saisonjobs eher zu Neueinstellungen kommt. Ab September sinkt die Arbeitslosigkeit in der Regel etwas stärker, da vermehrt Einstellungen vorgenommen werden, und das neue Ausbildungsjahr beginnt. Der Monat mit der geringsten Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf war von 1994 bis 2008 in der Regel der Oktober oder der November, manchmal auch der September.³ Zum Winter hin steigt die Zahl der Arbeitslosen, weil saisonbedingt die Arbeitskräftenachfrage nachlässt – beispielsweise im vom Tourismus abhängigen Gastgewerbe. In den ersten Wintermonaten eines neuen Jahres muss häufig die Bauproduktion wegen Frosts eingeschränkt werden, was die Arbeitslosenzahlen steigen lässt.

Abbildung 1 lässt indes die saisonalen Abläufe nicht hinreichend erkennen, die man für eine Einschätzung der nächsten drei Monate braucht. Deshalb sind die Jahresabläufe unabhängig vom jeweiligen Jahr in Abbildung 2 dargestellt: Zur besseren Sichtbarkeit wurde jeder Monatswert durch den Juliwert des jeweiligen Jahres geteilt und der Juliwert auf Null verschoben. Daraus ergibt sich ein Schwarm an dünnen Linien. Die Abbildung macht klar, dass es bis auf eine Ausnahme in keinem Jahr im Juli zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit gekommen war.

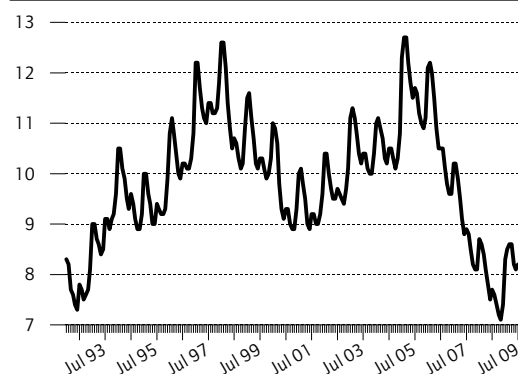
Aus saisonaler Betrachtungsweise ist im Monat August ein Rückgang zu erwarten. Wie Abbildung 3, bei der die Normierung auf den August erfolgte, zeigt, fällt unabhängig von der konjunkturellen Lage im Beobachtungsjahr die Arbeitslosigkeit durchgehend von Juli auf August und von August

³ Nur 1992 und 1993 stieg im Oktober die Arbeitslosenquote.

Abbildung 1

Amtliche Arbeitslosenquote

In Prozent



Quellen: Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2009

auf September. In beiden Monaten ist also aus saisonalen Gründen mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Erst für den Oktober ist das saisonale Fenster etwas divers – es kam in der Vergangenheit im Übergang vom September sowohl zu Anstiegen der Arbeitslosigkeit (1992 und 1993) wie zu Rückgängen (in allen anderen Jahren) (Abbildung 4).

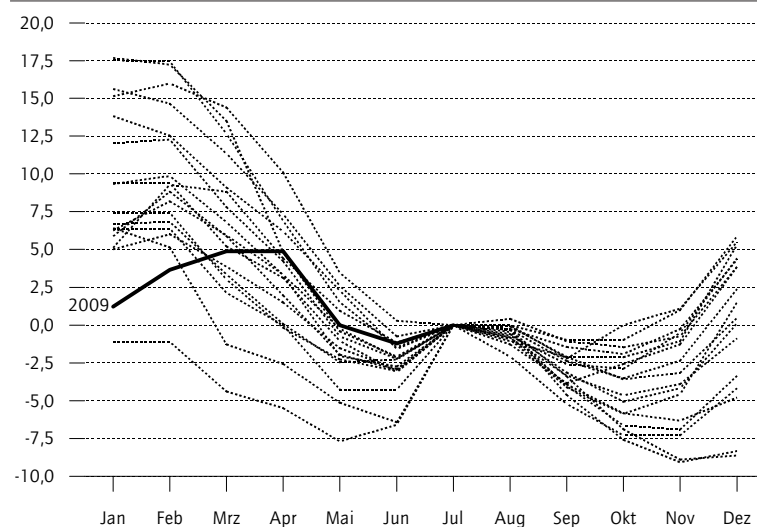
Die historischen Erfahrungen mit der Saisonkomponente sagen nicht, dass die Prognose schon entschieden wäre, bevor man sie durchführt. Dass im Beobachtungszeitraum die Arbeitslosigkeit saisonal im August und September immer zurückging, heißt nicht, dass dies ein Naturgesetz wäre. Es bedeutet nur, dass diese Entwicklung eher wahrscheinlich ist. Sollte eine Prognose davon abweichen, würde ein angekündigter Anstieg auf ein großes potenzielles Krisenzeichen hinweisen. Das wäre angesichts mancher Erwartungen auf eine katastrophale Entwicklung am Arbeitsmarkt auch nicht ganz überraschend. Das tatsächliche Eintreten eines Anstiegs wäre allerdings in der Tat ein beklemmendes Signal für den Arbeitsmarkt.

Sollte man angesichts der komplexen Saisonstrukturen nicht auf saisonbereinigte Arbeitslosenquoten ausweichen? Die erste schlichte Reaktion ist, dass die unbereinigte Zahl die ist, die die breite Öffentlichkeit interessiert, weil sie sie versteht. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit bestimmt etwa die Stimmungen der Wähler. Aber es sprechen auch diverse technische Gründe dafür. Saisonbereinigungen sind sensibel für die eingesetzten Verfahren. Man kann sich schnell einen stochastischen Prozess künstlich produzieren, den man dann zu modellieren versucht. Es gibt zudem nur kurze Zeitreihen, die noch

Abbildung 2

Auf den Monat Juli zentrierte Arbeitslosenquoten der Jahre 1992 bis 2009

Abweichungen in Prozent



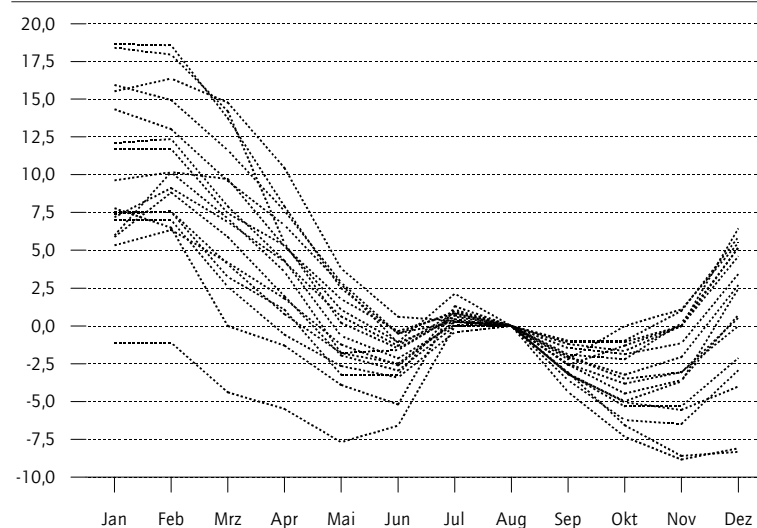
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 3

Auf den Monat August zentrierte Arbeitslosenquoten der Jahre 1992 bis 2008

Abweichungen in Prozent



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

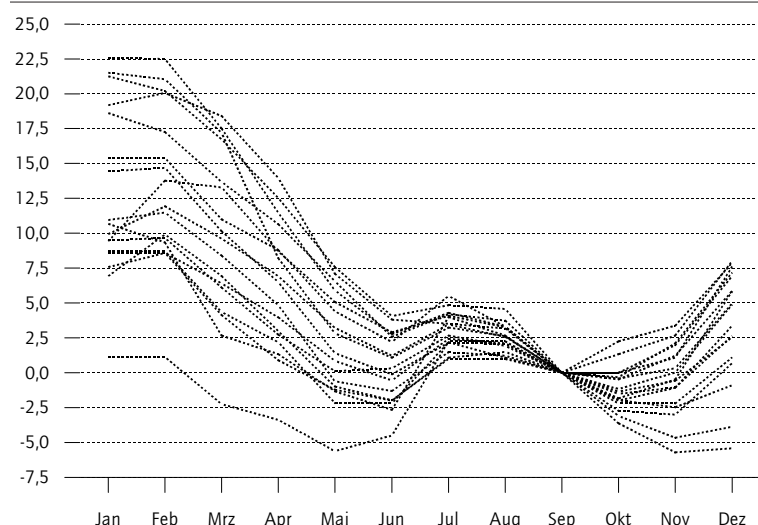
DIW Berlin 2009

dazu durch ständige Definitionsänderungen der Arbeitslosenquote, durch Arbeitsmarktprogramme und die Modifizierung von Instrumenten wie die Kurzarbeit und nicht zuletzt durch die besonders schwere Wirtschaftskrise gestört sind. Es kann kaum angenommen werden, dass all dies die Saisonbereinigung nicht beeinflusst. Zur

Abbildung 4

Auf den Monat September zentrierte Arbeitslosenquoten der Jahre 1992 bis 2008

Abweichungen in Prozent



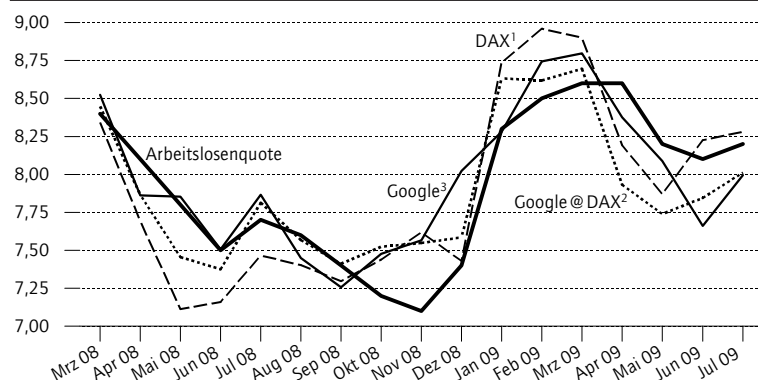
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 5

Amtliche Arbeitslosenquote und Modellergebnisse

In Prozent

¹ Mit der Entwicklung des DAX berechnet.² Mit der Entwicklung des DAX und der Abfrageaktivität bei Google berechnet.³ Mit der Abfrageaktivität bei Google berechnet.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Google; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Tabelle

Prognosegüte der Modelle für die Arbeitslosenquote

Modell	Bestimmtheitsmaß (R²)	Baeyessches Informationskriterium (BIC)	Mittlerer absoluter Prognosefehler¹
DAX²	0,91	47	100
Google³	0,94	33	115
Google@DAX⁴	0,97	4	76
Mittelwert aus DAX und Google	–	–	63

¹ Normiert auf Modell DAX = 100.² Mit dem ersten DAX-Wert eines jeden Monats berechnet.³ Mit den Google-Suchanfragen zum Thema Arbeitsagentur, Jobsuche und Kurzarbeit berechnet.⁴ Mit den Google-Suchanfragen zum Thema Arbeitsagentur und Jobsuche und dem ersten DAX-Wert eines jeden Monats berechnet.

Quellen: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Modellierung der Arbeitslosenquote ist deshalb allemal die unbereinigte Reihe vorzuziehen.⁴

Google-Modelle und Alternativen

In diversen Studien haben wir gezeigt, dass mit den Daten zur Google-Suchaktivität ökonomisch sinnvolle Verhaltensmodelle geschätzt und für Prognosezwecke eingesetzt werden können.⁵ Wir führen mit dieser Studie zunächst eine Revision und ein Update durch. Dazu wurden alle Google-Variablen geprüft und einige Selektionsveränderungen vorgenommen. Als Referenzmodell für die Google-Aktivitätsdaten wurde der DAX verwendet, der sich gegenüber anderen Arbeitsmarkindikatoren als überlegen erwiesen hat.⁶ Wir verwenden ihn hier in laufender Periode, das heißt wir nehmen den ersten verfügbaren Wert eines Monats. Er erweist sich grundsätzlich als starke Referenz. Analysezeitraum ist hier Januar 2005 bis Juli 2009.

Die Gesamtperformance der Modelle ist gut, wie man der Abbildung 5 mit den Ex-post-Prognosen entnehmen kann. Die Modelle sind grundsätzlich in der Lage, die Entwicklung abzubilden. Zu Beginn der Krise Ende 2008 wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit überschätzt. In der Tabelle finden sich ferner das Bestimmtheitsmaß R² und das Bayessche Informationskriterium BIC der besten im Analysezeitraum gefundenen Spezifikationen, die mit den früheren Ergebnissen qualitativ übereinstimmen. Die Google-Daten mit den Regressoren Arbeitsagentur, Jobsuche, Kurzarbeit allein schlagen das DAX-Modell deutlich, wie diese Maße anzeigen.⁷ Es wird aber auch klar, dass eine gemeinsame Regression, in der der DAX die Kurzarbeitsvariable ersetzt (Google@DAX), noch eine erhebliche Verbesserungsmöglichkeit ergibt.

Für die Bewertung der Qualität der Einschnittprognosen wird in der Tabelle der mittlere absolute Prognosefehler (MAE) angegeben. Er ist zu Vergleichszwecken auf den DAX-Wert = 100 normiert. Zunächst zeigt sich hier, dass das DAX-Modell dem reinen Google-Modell überlegen scheint. Dies ist allerdings nur deshalb der Fall, weil das Google-Modell im Februar 2009 einen

⁴ Bei der ökonometrischen Modellierung verwenden wir zwölfte Differenzen und eliminieren so das Saisonmuster.

⁵ Askatas, N., Zimmermann, K. F.: Google Econometrics and Unemployment Forecasting. Applied Economics Quarterly, 55 (2009), 107-120; Askatas, N., Zimmermann, K. F.: Prognosen aus dem Internet: Weitere Erholung am Arbeitsmarkt erwartet. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 25/2009; Askatas, N., Zimmermann, K. F.: Googlemetrie und Arbeitsmarkt. Wirtschaftsdienst, 89 (2009), 489-496.

⁶ Der um eine Periode verzögerte DAX schlägt beispielsweise das Ifo-Beschäftigungsbarometer. Der BAX der Bundesagentur für Arbeit ist für diese Zwecke noch nicht einsatzfähig.

⁷ Ein Modell ist um so besser, je größer R² und je kleiner BIC ist.

außergewöhnlichen Fehler gemacht hat.⁸ Verwendet man Google und DAX in einer Regression (Google@DAX), so reduziert sich der Fehler um 24 Prozent. Stützt man sich gar auf DAX & Google, das heißt mittelt man einfach die Prognosen aus der DAX-Regression und der Google-Regression (mit Arbeitsagentur, Jobsuche, Kurzarbeit), so reduziert sich der Fehler gar um 37 Prozent.

Prognosen für August und September

Wir wenden die Verfahren nun auf die zwei Folgemonate, August und September, an. Wir beschränken uns dabei auf die beiden alternativen Modelle DAX und Google und ihre gemittelte Variante. Zwar schlägt Google@DAX, das gemeinsame ökonometrische Modell unter Verwendung der Google- und DAX-Daten, die getrennten Modelle; allerdings ist der Mittelwert der Prognosen aus den beiden getrennten Modellen im Untersuchungszeitraum besser als die Prognosen von Google@DAX. Die Prognosen für August ergeben sich dabei aus den vorliegenden Google-Daten für die zweite Monatshälfte im Juli und dem DAX-Wert vom 3. August. Für die September-Prognose liegen dagegen noch keine Angaben für die Regressoren aus dem Monat August vor. Wir haben deshalb die Regressoren mit Zeitreihenverfahren für August fortgeschrieben. Dies ist für den DAX bekanntlich problematisch, da sich sein Wert vor allem aus dem Fehlerterm (den sogenannten Innovationen) ergibt. Insoweit ist die in der Folge vorgestellte DAX-Prognose eher explorativer Natur. Dies muss bei der Bewertung der Septemberprognose besonders berücksichtigt werden.

Abbildung 6 enthält die Einschritt-Prognosen der betrachteten Modelle und die Realisationen sowie die Ergebnisse am aktuellen Rand. Die Prognosen mit dem reinen Google-Modell liegen seit November systematisch unter der tatsächlichen Entwicklung, wohingegen die Prognosen des DAX-Modells seit Mitte letzten Jahres meistens über den tatsächlichen Werten liegen. Im Mittel heben sich diese Fehler weitgehend auf, mit einer gewissen Tendenz zur Unterschätzung am Ende.

Prognosefehler gehören zu allen wissenschaftlichen Verfahren. Im Gegensatz zu reinen Barometermodellen, bei denen kein direkter quantitativer Bezug zu einer Zielvariablen gesucht wird, können wir hier Prognosefehler direkt ablesen.

⁸ Siehe auch Abbildung 6. Eine genauere Fehleranalyse hat erbracht, dass dies vor allem daran liegt, dass sich trotz der massiven Ausweitung der Kurzarbeit im Februar 2009 die Suche der Internetbenutzer nach neuen Jobs deutlich intensiviert hat.

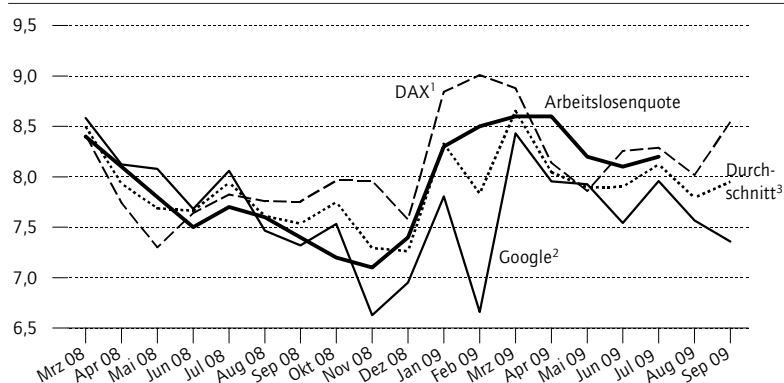
Das ist ein Härte-test, dem sich andere Ansätze entziehen. Der ex-post-Erklärungsgrad für die Google-Daten ist ohnehin sehr gut. Es kommt uns allerdings hier besonders auf das Prognosemuster an: Die Google-Daten haben den fallenden Trend von März bis November gut getroffen; sie haben danach den Anstieg der Arbeitslosigkeit bis März 2009 mitgemacht (mit Ausnahme der durch die Kurzarbeit im Februar gekennzeichnete Fehleinschätzung) und auch den Fall der Arbeitslosigkeit danach.

Für die August-Prognosen liegen die nötigen Daten (zweite Monatshälfte Juli der Google-Aktivität und erster Wert des DAX für August) vor. Beide Indikatoren gehen von einem deutlichen Rückgang aus. Dies steht im Einklang mit dem üblichen saisonalen Muster. Es wäre ein großes Krisenzeichen, würde die Prognose hier ausbrechen. Wenn sie es nicht tut, dann sollte dies auf eine Ruhepause hindeuten.

Etwas anders gelagert sind die Analysen für September. Hier nimmt die Unsicherheit nochmals zu, da die Google- und DAX-Daten selber zunächst prognostiziert werden müssen. Die Google-Indikatoren signalisieren – wieder im Einklang mit dem Saisonmuster – einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Allerdings zeigt der DAX deutlich aufwärts, wohingegen der Mittelwert aus beiden Verfahren stagniert. Die Prognose des DAX selbst ist jedoch problematisch, sodass dieser Vorhersage nicht das gleiche Gewicht zukommt wie sonst. Auch befindet sich die Börse derzeit im Aufwind, was eine positive Wirkung auf die Beschäftigung haben sollte. Letztlich bleibt die Einschätzung, dass auch im

Abbildung 6

Amtliche Arbeitslosenquote und Einschritt-Prognoseergebnisse In Prozent



¹ Mit der Entwicklung des DAX berechnet.

² Mit der Abfrageaktivität bei Google berechnet.

³ Als Mittelwert aus beiden Modellen berechnet.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Google; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

September von weiterer Ruhe am Arbeitsmarkt ausgegangen werden kann.

Fazit

JEL Classification:
C22, C82, E17, E24, E37

Keywords:
Google,
Internet,
Keyword search,
Search engine,
Unemployment,
Predictions

Die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit bis zur Bundestagswahl im September dieses Jahres werden durch Prognosen, die auf Google-Aktivitätsdaten sowie auf der Entwicklung des DAX beruhen, bestätigt. Es finden sich keine Hinweise für den Beginn eines deutlichen oder gar dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und für eine Überschreitung der

Vier-Millionen-Grenze im Herbst dieses Jahres, wie von manchen Beobachtern erwartet. Den Schätzungen zufolge kommt es im August zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Für den September lassen erste Abschätzungen vermuten, dass sich die Arbeitslosenquote nicht über das August-Niveau hinausbewegt, sondern eher darunter bleibt. Die Frühindikatoren signalisieren nicht, dass sich die Wirtschaftskrise so stark auswirkt, dass traditionelle saisonale Muster außer Kraft gesetzt werden. Es bleibt bei einem leichten saisonbedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Monaten August und September. Also: Sommerpause bei der Arbeitslosigkeit.

Themen des nächsten Wochenberichts:
Vertrauen in die Mitmenschen in Deutschland
Regulierungen im europäischen Briefmarkt

Veröffentlichungen des DIW Berlin

Weekly Report DIW Berlin

No.17/2009, July 15, 2009

Financial Services for the Poor: Lack of Personal Identification Documents Impedes Access

Nicola Jentzsch

Without a birth certificate, no identity card can be issued and without identity card, there is no access to formal financial services. This link seems to be trivial in industrialized countries, where the ability of the individual to participate in economic life is rarely hindered by a lack of identification. In many developing countries, however, access to financial services is often denied, because potential customers cannot be identified based upon official identity documents—a basic due diligence requirement under international anti-money laundering regulations. In many developing and emerging countries, poor people have no opportunity to obtain such documents, as a large portion of the population has not been registered at birth. Without a birth certificate, however, no identity card can be issued, which is required by banks for customer identity verification. To date, the problem of identification has not played a prominent role in research concerning access to financial services. In the past, researchers have primarily focused on microfinance. In order to expand access to formal financial services, new methods for customer identification must be developed which address the realities in developing countries. Initial steps to expand access for the poor population have already been taken in countries such as India and South Africa. Aside from addressing problems associated with missing identification, it is also necessary to introduce basic financial products such as micro accounts, where the low risk associated with them is taken into account. Less demanding identification means for low-risk financial products ought to be internationally recognized and instituted in order to dispel legal ambiguities.

Weekly Report DIW Berlin

No.18/2009, July 23, 2009

The European Natural Gas Market: Imports to Rise Considerably

Hella Engerer, Manfred Horn

Since the late 1990s, natural gas has been the second most important source of energy in the European Union after oil. Current forecasts predict that the demand for natural gas will continue to rise over the long term. As the production of natural gas in the EU has already passed its peak and will drop in coming years, natural gas imports will have to rise considerably. To ensure according supplies is possible in the long run, as approximately 80% of the world's natural gas reserves are located within the economic reach of the EU—primarily in the former Soviet Union and Middle East. A supply of imported natural gas adequate to cover declines in EU production is contractually guaranteed through 2020. Additional projects will permit an increase in natural gas consumption in the EU of 20 to 30%. By 2020, 80% of the EU's supply will come from imports. Russia will remain by far the largest supplier, followed by Norway and Algeria. Security concerns are raised by the importation of natural gas from a small handful of suppliers. While the regional diversification of imports is only possible to a limited extent, the construction of a pipeline to connect Europe with natural gas rich nations on the Caspian Sea and in the Middle East would be a step in the right direction. The expansion of capacities for production, transport and storage of liquified natural gas (LNG) could also help to augment diversification.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Die Parteiapparate denken ungewöhnlich langfristig

von Gert G. Wagner*

In Wahlkampfzeiten kommt immer wieder – und zwar ebenso bei seriösen Leitartiklern wie an Stammtischen – die populäre Klage hoch, dass die Zeithorizonte, in denen Politiker denken, viel zu kurz seien.

Politikern dächten immer nur bis zum nächsten Wahltermin. Und durch den steten Wechsel von Landtags- und Bundestagswahlen sei das sogar noch weniger als die vier Jahre, die eine Wahlperiode in der Regel dauert. Und ganz besonders gerne werfen Wirtschaftsführer der Politik zu kurze Zeithorizonte vor.

Aber der Vorwurf des zu kurzen Zeithorizonts ist nur dann stichhaltig, wenn man wirklich wüsste, was langfristig richtig ist. Das ist aber in einer unsicheren Welt nicht der Fall. Man denke nur an den festen Glauben der letzten Jahre, dass man „die Märkte“ möglichst wenig regulieren sollte. Jetzt sind fast alle vom Gegenteil überzeugt. Was ist langfristig richtig?

Selbst wenn Politiker mehr auf die Wissenschaft hören würden, würden sie trotzdem Fehler machen. Nicht nur Stammtische, sondern auch Wissenschaftler können sich bezüglich der Zukunft gründlich irren. Und genau deswegen gibt es so oft Wahlen. Durch die föderale Ordnung in Deutschland besteht zudem die Möglichkeit, dass einiges in einzelnen Ländern ausprobiert wird und andere davon lernen können. Ob der Preis, der dafür gezahlt wird, nämlich häufige Wahlen und Wahlkämpfe, zu hoch ist, weiß niemand.

Wie schwierig es ist, mit den Unsicherheiten der Zukunft umzugehen, müssten die Wirtschaftsführer, die die Politik beschimpfen, eigentlich selbst am besten wissen. Aufgrund enormer Unsicherheiten bei der Zukunftsplanung wird die Groß-Wirtschaft schließlich von Quartalsabschlüssen geprägt. Und das Denken an die nächste Bonuszahlung reicht ja auch nicht weiter als ein Jahr. Gemessen am kurzfristigen Takt der Wirtschaft ist der Zeithorizont von vier oder fünf Jahren bis zur nächsten Wahl ja nahezu unübersehbar lang.

Schließlich wird in der populistischen Diskussion ganz übersehen, dass Parteien quasi unendlich langen Planungshorizonte haben. Denn selbst wenn einzelne Akteure, was ja in der Tat gerade an der Spitze oft vorkommt, nur an sich denken, dann denken Parteien (und die viel gescholtenen Parteiapparate) aus Eigennutz über den nächsten Wahltermin hinaus. Und in der Tat zeichnet sich die deutsche Parteiendemokratie durch langfristige Projekte aus. Etwa den Klimaschutz, der hier viel energischer als in den auf – auch bei uns bewunderte – Politiker-Persönlichkeiten setzende Länder wie Frankreich, und die USA vorangetrieben wird. Dort kann man davon ausgehen, dass persönlich gewählte Präsidenten in der Tat nur bis zum nächsten Wahltermin denken. In Deutschland stellen die viel gescholtenen Parteiapparate Kontinuität her.

* Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie „Leben in Deutschland“ am DIW Berlin.